



MIND CHANGERS YOUTH DECLARATION

**FORDERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN VON JUNGEN
MENSCHEN FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT**

International Youth Meeting 2023, Stuttgart



REGIONS
AND YOUTH
FOR PLANET
AND PEOPLE



“Die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten liegt in unseren Händen. Sie liegt auch in den Händen der jüngeren Generation von heute, die die Fackel an die künftigen Generationen weiterreichen wird. Wir haben den Weg zur nachhaltigen Entwicklung vorgezeichnet; es wird an uns allen liegen, dafür zu sorgen, dass die Reise erfolgreich ist und die erzielten Fortschritte unumkehrbar sind.”

(Paragraf 53, Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung)

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), 2015 von den Vereinten Nationen als Teil der Agenda 2030 festgelegt, sind ein universeller Appell an alle Länder, Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen, die Armut zu beenden, den Planeten zu schützen und das Leben und die Perspektiven aller Menschen weltweit zu verbessern. Eine vorläufige Bewertung der Halbzeitbilanz der 169 Ziele zeigt, dass nur etwa 12 % der Ziele planmäßig verwirklicht werden können¹. Polykrisen haben die bereits stagnierenden Fortschritte zusätzlich verlangsamt.

Daher sind neue Bemühungen und koordinierte Lösungen auf allen Ebenen erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die Migration als zentrale Komponente für unsere Gesellschaft und den Klimawandel als globale Bedrohung, wie junge Menschen aus der ganzen Welt wiederholt gefordert haben. Junge Menschen plädieren für einen Wandel. Sie engagieren sich bereits in täglichen Aktionen gegen globale Ungleichheiten und streben danach, sich effizienter und effektiver für eine nachhaltigere und gerechtere Welt einzusetzen.

Das Projekt „Mindchangers - Regions and Youth for Planet and People“² fördert die Zusammenarbeit, indem es Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) und lokale Gebietskörperschaften (LA) ermutigt, enger mit jungen Menschen zusammenzuarbeiten, um letztere wirksamer als aktive Akteurinnen und Akteure des Wandels auf lokaler und internationaler Ebene zu mobilisieren, insbesondere zu den zentralen Themen Klimagerechtigkeit, Klimawandel und Migration.

Im Rahmen der Hauptaktivitäten des Projekts wurde in allen Projektregionen eine wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt, die darauf abzielte, das Engagement junger Menschen besser zu verstehen und Empfehlungen für Gebietskörperschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen zu formulieren, um die Zusammenarbeit mit jungen Menschen zu Themen der Agenda 2030 zu verbessern. Der Forschungsbericht mit dem Titel „How to shift from awareness to active engagement on the 2030 Agenda“ diente als Grundlage für einen praxisorientierten Leitfaden, welcher Hindernisse, die junge Menschen in ganz Europa in ihrem Engagement wahrnehmen, identifiziert und adressiert und Lösungen für zukünftige Projektdurchführende aufzeigt.

1 Der ganze Bericht ist hier einsehbar:

https://hlpf.un.org/sites/default/files/2023-04/SDG%20Progress%20Report%20Special%20Edition_1.pdf

2 Alle Informationen zu Mindchangers finden Sie auf unserer Website:

<https://www.mindchangers.eu/what-is-mindchangers/>

Neben der Untersuchung und dem Leitfaden³ dienen die Mindchangers International Youth Meetings unter anderem als Plattformen zum Austausch für die verschiedenen Erfahrungen, Stimmen und Perspektiven junger Menschen in ganz Europa. Das Momentum dieser Treffen wird genutzt, um umfassende Lösungen zu entwickeln.

Zu den Ergebnissen zählt unter anderem ein Toolkit⁴, welches von den Teilnehmenden des International Youth Meeting 2022 in Turin als variables Instrument entwickelt wurde, welches Medien, lokale Aktionen und Advocacy-Methoden nutzt, um Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration und Klimawandel zu thematisieren.

Auf dem Mindchangers International Youth Meeting 2023 in Stuttgart erarbeiteten die jungen Delegierten konkrete Vorschläge, um die Barrieren für junges Engagement zu bewältigen. Die daraufhin verabschiedete Mindchangers Youth Declaration enthält umfassende Forderungen und Handlungsempfehlungen, die eine nachdrückliche Aussage der europäischen Jugend darstellen.

³ Den praktischen Leitfaden „Junges Engagement für die Agenda 2030 – Ein Praktischer Leitfaden für Kommunen sowie Zivilgesellschaftliche Organisationen“ steht Ihnen hier zum Download zur Verfügung: https://sez.de/wp-content/uploads/2023/07/Mindchangers_practical-guide_DE-1.pdf

⁴ Das Toolkit „Change is Nothing Without You(th) – Mindchangers Toolkit for Young Changemakers and Activists“ in Englischer Sprache finden Sie hier: <file:///C:/Users/TAS/Downloads/CHANGE-IS-NOTHING-WITHOUT-YOUTH-def-1.pdf>

Mindchangers Youth Declaration

Forderungen und Empfehlungen von jungen Menschen für eine nachhaltige Zukunft

International Youth Meeting 2023, Stuttgart

Anlässlich des Mindchangers International Youth Meeting in Stuttgart vom 25.-27. September 2023 haben junge Engagierte aus den aktuellen Mindchangers-Projekten in den Projektregionen Piemonte (IT), Baden-Württemberg (DE), Auvergne-Rhône-Alpes (FR), La Rioja (ES), Fédération Wallonie-Bruxelles (BE) und Dolj County (RO) Vorschläge zur Überwindung von Barrieren im Jugendengagement anhand ihrer internationalen Erfahrungen und Expertise - unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Impulse auf europäischer Ebene mit regionalen Abweichungen aufgrund der gegebenen Strukturen konsolidiert wurden - erarbeitet und verabschiedeten diese Deklaration, die als Impuls und Maßnahmenkatalog für lokale, nationale und internationale Behörden und Institutionen, für Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und Netzwerke aus dem öffentlichen und privaten Sektor dienen soll,

Anerkennend, dass die Halbzeitbilanz der Agenda 2030¹ zeigt, dass wir als globale Gemeinschaft noch enger zusammenarbeiten müssen, um die Ziele zu erreichen,

Hervorhebend, dass junges Engagement zusammen mit der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure auf lokaler Ebene grundlegend für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sind,

Feststellend, dass Barrieren für junges Engagement beseitigt werden müssen, um das volle Potenzial junger Menschen zur Umsetzung der SDGs auszuschöpfen,

Hinweisend auf den Mangel an inklusiver Vertretung junger Menschen in politischen Entscheidungsprozessen und Institutionen,

Zutiefst besorgt über den Mangel an politischer Entschlossenheit zu Klimabelangen,

Hervorhebend, dass der Mangel an geeigneten und geschützten Räumen für Meinungsaustausch, Information und Diskussion die politische Beteiligung junger Akteurinnen und Akteure erschwert,

Feststellend, dass jungen Menschen oft ein fairer Zugang zu Informationen fehlt,

Zutiefst besorgt über den Mangel an politischer Entschlossenheit zu Klimabelangen,

¹ Den Bericht zur Halbzeitbilanz der Nachhaltigkeitsziele kann über diesen Link eingesehen werden: <https://unstats.un.org/sdgs/report/2023/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2023.pdf>

Besonders hinweisend auf die Schwierigkeiten von kleinen und neuen zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs), Zugang zu Fördermitteln zu bekommen (durch eine begrenzte Anzahl von Fördermöglichkeiten und fehlendes Wissen darüber) sowie Kompetenzen insbesondere junger Menschen in der Mittelverwaltung aufzubauen,

im Bewusstsein über die fehlende finanzielle Unterstützung durch die entsprechenden Regierungen für zivilgesellschaftliche Initiativen aufgrund externer wirtschaftlicher und administrativer Faktoren,

Anerkennend, dass es für junge Menschen hohe Zugangsbarrieren in die formalen Strukturen der zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt, beispielsweise durch den regulierenden rechtlichen Rahmen,

Besorgt hinsichtlich der Schwierigkeiten bei der Schaffung flexibler formaler Strukturen für zivilgesellschaftliche Organisationen,

Beunruhigt über die mangelnde Beteiligung junger Menschen in zivilgesellschaftlichen Organisationen,

Mit großer Besorgnis wahrnehmend, dass junge Menschen physischem und psychischem Stress ausgesetzt sind,

Wissend, dass das kollektive Bewusstsein für das Ausmaß psychischer und physischer Gesundheitsprobleme unzureichend ist,

Alarmiert über die unzureichende Förderung physischer und psychischer Gesundheitstherapie,

Anerkennend, dass die Anzahl ausgebildeter Fachkräfte für psychische und physische Gesundheit erhöht werden muss,

Anerkennend, dass die derzeitigen Bildungssysteme zumeist auf nicht partizipativen Entscheidungsprozessen beruhen,

Äußerst besorgt äußernd, dass sich unsere heutigen formalen Bildungssysteme in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich verändert haben und daher nicht mit den Herausforderungen unserer Zeit Schritt halten,

Feststellend, dass Bildungssysteme die Perspektive der Lernenden und deren individuellen Bedürfnisse notwendigerweise in ihre Ansätze einbeziehen müssen,

Betonend, dass Pädagoginnen und Pädagogen mehr Fortbildungen zu spezifisch demokratie- und nachhaltigkeitsbezogenen Themen (z. B. ökologische und interkulturelle Themen, kritisches Denken und andere Soft Skills) erhalten müssen,

Beobachtend, dass diese Systeme infolgedessen dabei versagen, Lernenden und Lehrenden die notwendigen Instrumente und den Kompetenzerwerb zur Verfügung zu stellen, um sich zu engagieren und einen Beitrag zu den SDGs zur Bewältigung globaler und lokaler Herausforderungen zu leisten,

Berücksichtigend, dass ein wesentlicher Grund für den Entschluss junger Menschen, sich nicht zu engagieren, die Wahrnehmung ist, dass die Gesellschaft kein Vertrauen in sie hat,

Mit Bedauern feststellend, dass es an Informationen über die Gestaltungsmöglichkeiten für die Jugend mangelt,

Anerkennend, dass sie Unterstützung, technische und finanzielle Mittel für ihr Engagement benötigen, um konkrete Ergebnisse zu erzielen,

Mit Besorgnis betrachtend, dass ihre Rolle in der Gesellschaft nicht anerkannt wird,

Fordert Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft auf, auf den Abbau von Barrieren für die Beteiligung junger Menschen an einer nachhaltigen Entwicklung hinzuarbeiten in den folgenden Themenbereichen:

ANERKENNUNG

1. *Fordert* nachdrücklich eine Stärkung der Gesetze zum Schutz der Interessen und der Stimme junger Menschen, die sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor beruflich tätig sind, einschließlich Werkstudentinnen und Werkstudenten;
2. *Betont* die Notwendigkeit finanzieller Unterstützung für lokale Jugendgruppen mit dem Ziel, diese Gruppen zu stärken;
3. *Fordert* die entsprechenden Gremien auf, Jugendräte auf kommunaler Ebene einzurichten, die den kommunalen Einrichtungen Empfehlungen zu jugendpolitischen Angelegenheiten geben können, um die Perspektive der Jugend stärker in die politische Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene einzubeziehen;
4. *Regt an*, die Perspektive junger Menschen in Unternehmen in spezifischen Projektbereichen, in die Projektdurchführung und in die damit verbundenen Strategien einzubeziehen;
5. *Empfiehlt*, mit staatlichen Initiativen mehr Anreize für Unternehmen zu schaffen, um insbesondere Projekte mit gesellschaftlicher Wirkung umzusetzen, die junge Menschen einbeziehen;

FINANZIELLE KOMPENSATION

1. *Fordert* die Prüfung eines allgemeinen Grundeinkommens für junge Menschen, einschließlich der Ausweitung bestehender Programme auf nationaler Ebene;
2. *Empfiehlt*, Freiwilligenprogramme zum Ausbau von Kompetenzen wie z.B. den Europäischen Freiwilligendienst¹ auszubauen, um die inklusive Beteiligung von jungen Menschen in professionellen Tätigkeitsbereichen und der Kompetenzentwicklung zu fördern;

¹ Hier finden Sie weitere Informationen zum Europäischen Freiwilligendienst: <https://www.freiwilligenarbeit.de/europaeischer-freiwilligendienst-efd.html>

- 
3. Setzt sich dafür ein, neuen und kleinen zivilgesellschaftlichen Organisationen weitere kleine Fördertöpfe zur Verfügung zu stellen für die Implementierung von Programmen, einschließlich Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen Projektmanagement und Fundraising;
 4. Betont die Notwendigkeit größerer Transparenz und demokratischer Beteiligung bei der Zuweisung öffentlicher Mittel und der langfristigen Finanzplanung;

ZIVILGESELLSCHAFTLICHE STRUKTUREN

1. Fordert öffentliche Institutionen und den Gesetzgeber auf, die administrativen Eintrittsbarrieren in Form von Registrierung und Finanzierung zu senken, um die Gründung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erleichtern sowie bürokratische Barrieren abzubauen und mehr Flexibilität innerhalb bestehender zivilgesellschaftlicher Organisationen zu ermöglichen;
2. Fordert eine stärkere Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bildungseinrichtungen, wie z. B. Schulen, Berufsschulen oder Universitäten, sowie mehr Vernetzungsmöglichkeiten durch zivilgesellschaftliche Organisationen, um jungen Menschen den Einstieg in das civile Engagement zu erleichtern;
3. Empfiehlt lokalen Behörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Jugendinitiativen die Möglichkeit einer kostenlosen juristischen Beratung anzubieten;
4. Unterstreicht die Notwendigkeit, zivilgesellschaftlichen Organisationen den Zugang zu allgemeinen Fördermitteln zu erleichtern, z.B. in Form jährlicher, bedingungsloser Mittel für notwendige Ausgaben;
5. Empfiehlt die Einführung weniger formeller juristischer Rechtsformen, analog zum französischen Modell der „Junior Associations“, die hauptsächlich aus unter 18-Jährigen bestehen, und es diesen ermöglicht, in einem offenen Rahmen zu verschiedenen Themen unter der Aufsicht von Bezugspersonen aktiv zu werden;
6. Schlägt vor, dass der Status der „Junior Association“ bekannt gemacht wird, um das Bewusstsein für diese Möglichkeit des Engagements von jungen Menschen zu schärfen;

PHYSISCHER & MENTALER STRESS

1. Empfiehlt den Ministerien, die administrativen Hürden für einen leichteren Zugang zu Fördermöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen, z. B. in Form von Zuschüssen, zu senken, um mentalen Stress zu vermeiden;
2. Fordert die betreffenden Regierungen auf, die Haushaltsmittel für Gesundheitsministerien zu erhöhen, damit politische Maßnahmen wirksamer umgesetzt werden können und in engerer Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ein einfacherer Zugang zu Fördermitteln geschaffen werden kann;

- 
3. *Schlägt vor*, dass die Regierungen zivilgesellschaftlichen Organisationen Mittel für die Durchführung von Kampagnen zur Sensibilisierung für die mentale und physische Gesundheit zuweisen, z.B. durch spezifische Zuschüsse;
 4. *Ermutigt* Bundes- und Kommunalbehörden, Kampagnen zu initiieren, die Anreize für den privaten Sektor schaffen, regelmäßig Schulungen zur mentalen Gesundheit anzubieten;
 5. *Betont* die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel für das Gesundheitsministerium, insbesondere für die Forschung im Bereich der mentalen Gesundheit als Grundlage für den Aufbau von Kapazitäten zur Sensibilisierung für die mentale und physische Gesundheit;
 6. *Empfiehlt* den Regierungen, in gezielte Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte und kommunale Verantwortliche in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Bildungs- und Gesundheitsministerien, zur besseren Beratung von Personen mit mentalen und physischen Gesundheitsproblemen und zur allgemeinen Sensibilisierung zu investieren und den Zugang zu relevanten Ressourcen zu ermöglichen;
 7. *Fordert* die Regierungen auf, die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ministerien, beispielsweise den Ministerien für Gesundheit, Bildung, Arbeit und Beschäftigung sowie Finanzen zu verstärken, um qualifiziertere Fachkräfte für mentale und physische Gesundheit zu akquirieren, um den Personalbedarf zu decken;

BILDUNG

1. *Fordert* die Bildungsministerien und Schulen auf, neue Methoden (z. B. Universal Learning Design) einzuführen, basierend auf den tatsächlichen Bedarfen der Lernenden und ihrer Gemeinschaften, um Ungleichheiten zu verringern und die Lernenden zu befähigen, aktuelle Herausforderungen auf globaler und lokaler Ebene zu erkennen und zu bewältigen;
2. *Fordert* die politisch Verantwortlichen auf, die bedeutende Rolle von Lernenden, Eltern und zivilgesellschaftlichen Organisationen hinsichtlich der Kenntnis der realen Herausforderungen, Bedürfnisse und Forderungen seitens junger Menschen und der Gesellschaft anzuerkennen und zu fördern;
3. *Betont* die Notwendigkeit für mehr Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte zu spezifischen demokratie- und nachhaltigkeitsbezogenen Themen (z. B. ökologische und interkulturelle Themen, kritisches Denken und soziale Kompetenzen);
4. *Fordert* die Bildungsministerien nachdrücklich auf, Pädagoginnen und Pädagogen personell und zeitlich so auszustatten, dass sie auf die Bedürfnisse der Lernenden eingehen können, z.B. im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung, und deren Stärken durch außerschulische Expertise zu unterstützen;

5. *Betont* den Bedarf an vielfältigen Methoden zur Anerkennung, Auszeichnung und Förderung von Innovationen in der Lehrtätigkeit;
6. *Empfiehlt* die Einrichtung von Gremien, die die Verantwortung für die Schaffung von Räumlichkeiten und zeitlichen Kapazitäten tragen, in denen sich alle Akteur*innen einbringen, beteiligen und Wissen austauschen können;

VERTRAUEN IN JUNGE MENSCHEN

1. *Ermutigt* politisch Verantwortliche, junge Menschen auf allen politischen Ebenen wirksam in die Entscheidungsfindung einzubeziehen (z. B. Jugendquote);
2. *Empfiehlt zudem*, dieses Engagement nicht nur auf einige wenige Maßnahmen und Aktivitäten zu beschränken, sondern es kontinuierlich zu fördern und anzupassen, insbesondere lokal an den Kontext und die Bedürfnisse der jungen Menschen;
3. *Fordert* die Bewerbung von Möglichkeiten eines Engagements durch Kommunikationskampagnen und Events mit aktiven Beiträgen von Gleichaltrigen und einem starken Fokus auf die Einbeziehung von wenig engagierten jungen Menschen;
4. *Empfiehlt* die Einrichtung und den kontinuierlichen Ausbau lokaler Unterstützungsstrukturen mit qualifizierten Fachkräften, die junge Menschen bei der Umsetzung ihrer Projekte und Ideen finanziell und technisch unterstützen.



Dieses Dokument wurde mit der finanziellen Unterstützung der Europäischen Union im Rahmen von Mindchangers – Regions and Youth for Planet and People erstellt. Die Inhalte obliegen der Verantwortung der Verfassenden und vertreten nicht zwangsläufig die Meinung der Europäischen Union.